

Umweltminister Thorsten Glauber stellt bundesweite Suche nach Atommüll-Endlager in Frage.

BUND Naturschutz fordert, dass bei Standortauswahl größtmögliche Sicherheit das oberste Gebot ist!

Bayern trägt eine besondere Verantwortung für den deutschen Atommüll, denn Bayern hat und hatte den relativ größten Anteil an der Produktion von Atommüll. Die Bundesregierung hatte nach 2011 erkannt, dass das geplante Atommülllager in Gorleben ein geologisch unsicherer Ort für ein Atommülllager sei und den Erkundungsprozess eingestellt. Nach umfangreichen öffentlichen Diskussionen hat der Bundestag im Jahr 2017 ein neues Gesetz zum Ablauf einer neuen Suche beschlossen. Erste Ergebnisse zu Teilgebieten will die Bundesgesellschaft für Endlagerung am 28. September 2020 der Öffentlichkeit vorstellen.

„Dass der Umweltminister nun diesen langjährigen Prozess plötzlich in Frage stellt, ist abenteuerlich. Dass Thorsten Glauber entgegen aller bekannten Datenlagen die alten Planungen zu einem Atommülllager Gorleben nun als sicher und schlüsselfertig bezeichnet, ist unverantwortlich. Die Investitionen von über 1,6 Milliarden Euro in den Standort Gorleben waren damals eine politisch motivierte Fehlinvestition. Politische Fehler und Fehlinvestitionen liefern leider keine geologische Stabilität und keinen sicheren Einschluss des Atommülls, das müsste auch Thorsten Glauber wissen. Bayern muss Verantwortung übernehmen.“ kritisiert Martin Geilhufe, Landesbeauftragter des BUND Naturschutz in Bayern.

Für Rückfragen:

Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz:
0151/50489963, herbert.barthel@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 18. Sept. 2020

PM 101/20 LFG

Atomenergie

Energie